



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Juni 2021  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **P 478 Postulat Lipp Hans und Mit. über den Beitritt des Kantons Luzern zur Regierungskonferenz der Gebirgskantone / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Hans Lipp hält an seinem Postulat fest.

Hans Lipp: Der Regierungsrat sieht in der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) keinen Mehrwert für den Kanton Luzern und zählt die verschiedenen gesamtschweizerischen und zentralschweizerischen Direktorinnen- und Direktorenkonferenzen auf. Ich meine, dass gerade der Austausch mit den Bergkantonen für unsere Regierung einen echten Mehrwert darstellen könnte, und erlaube mir, die folgenden Argumente ins Feld zu führen. Die praktizierten Insellösungen im Winter und Frühling waren sicher keine Meisterleistungen. Auch bei der Umsetzung der Rückzonungsstrategie und der Ausscheidung des Gewässerraumes hätte man von sehr guten Praxisbeispielen aus anderen Gebirgskantonen profitieren können. In den Bereichen nachhaltiger Alpentourismus, der Bewirtschaftung von Schutzwäldern, der Situation mit Starkniederschlägen, Lawinengefahren, Murgängen und dem Strassen- und Brückenbau könnte man von der Erfahrung von anderen Gebirgskantonen profitieren. Ein weiteres Querschnittsthema ist die leider dynamische Entwicklung hin zum Zentralstaat. Diese Entwicklung öffnet den Stadt-Land-Graben zusehends, weil sowohl die Bundesverwaltung als auch das Bundesparlament aus Sicht der Agglomerationen agieren. Das Berggebiet wird zusehends als Rückzugsort gesehen. Die zentralen Stellschrauben für die regionale Entwicklung bilden nicht die regionalpolitischen Förderinstrumente, sondern die sektoralpolitischen Gesetze, die für das Berggebiet von besonderer Bedeutung sind: Raumordnung, Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Landschaft sowie Zweitwohnungen und Abwanderungsgemeinden. Der Bund ist im Weiteren daran, die Berggebietspolitik für die Zeit nach 2024 zu gestalten. Da kann der Kanton Luzern ebenfalls vom Aktionsplan Alpenraum profitieren. Auch die Expo 2027 in den Berggebieten unter dem Titel «Die Alpen neu denken» wäre ein einmaliger, sehr guter Ansatz, um in der RKGK mitzumachen. Der finanzielle Aufwand hält sich in Grenzen. Die RKGK hat sehr schlanke Strukturen. Das jährliche Gesamtbudget der Konferenz beläuft sich auf durchschnittlich 500 000 Franken. Diese Gelder fliessen rund zur Hälfte in Projekte, Gutachten, den Beizug von Experten, Facharbeiten usw. Die Konferenz behandelt sehr wichtige Themen für das Berggebiet und hat Einfluss und Gewicht in Bundesbern. In dieser Konferenz spricht man die gleiche Sprache, ist auf gleicher Augenhöhe und kann Wissen und Erfahrung abholen. Vom grossen St. Bernhard im Westen bis zum Reschenpass im Osten erstreckt sich der Schweizer Alpenbogen. Er deckt 60 Prozent der Landesfläche ab und bietet rund 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung einen Lebensraum. Ich beantrage die Erheblicherklärung meines Postulats und danke Ihnen für die Unterstützung.

Simone Brunner: Die SP-Fraktion wird dem Antrag der Regierung folgen und das Postulat

grossmehrheitlich ablehnen, dies aus den folgenden drei Gründen: Erstens ist der Kanton Luzern nach unserem Verständnis trotz Wölfen, welche durch unsere Landschaft streichen, trotz den grösseren und kleineren Skigebieten und der wunderbaren Biosphäre Entlebuch in diesem Sinn kein Gebirgskanton. Zweitens: Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme sehr nachvollziehbar dargestellt, dass der Austausch mit den Zentralschweizer Gebirgskantonen bereits etabliert ist. Eine Vernetzung und das Lernen voneinander sind bei den Themen, die vom Postulanten genannt wurden, auch ohne einen Beitritt zu dieser Konferenz möglich. Drittens: Der effektiv erhoffte Nutzen ist im Vergleich zum Aufwand unklar. Absprachen bezüglich Skigebietsöffnungen in Pandemiezeiten sind sicher verbesserungswürdig, aber ich glaube nicht, dass es dafür einen Beitritt zu einer Regierungskonferenz braucht. Eine Minderheit der SP-Fraktion ist der Meinung, dass ein Beitritt zur RKGK auch Chancen bietet, und wird je nach Verlauf der Debatte dem Postulat zustimmen.

Angela Lüthold: Die Zentralschweizer Kantone bündeln ihre Kräfte in verschiedenen Regierungskonferenzen. Im Jahr 1996 gründeten die sechs Kantone der Zentralschweiz die Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) als Plattform für die interkantonale Zusammenarbeit. Assoziierte Mitglieder sind unter anderem die Kantone Zürich, Aargau und Tessin. Die ZRK befasst sich mit vielen Themen. Zusätzlich gibt es auf zentralschweizerischer und gesamtschweizerischer Ebene etliche Direktorenkonferenzen, und viele Personen unseres Kantons nehmen in solchen Einsitz. Warum unterstützt die SVP dieses Postulat über den Beitritt des Kantons Luzern zur RKGK? Es ist sicher so, wie die Regierung sagt, dass ganz viele Themen abgedeckt sind. Aber wir sind der Meinung, dass im ländlichen Raum und in den Berggebieten andere Themen die Meinungsbildung beherrschen oder Herausforderungen bilden, als bereits diskutiert werden, sonst wäre man kaum mit dem Anliegen gekommen, dort Mitglied zu werden. Uns ist es wichtig, dass diese Gebiete eine Stimme bekommen. Für alles andere werden auch Vertretungen zugelassen. Es geht nicht nur um den Lebensraum, es geht auch um den Wirtschaftsraum. Dieser ist für den Kanton Luzern auch wichtig. Ob daraus ein Nutzen entsteht, können wir erst im Nachhinein sagen. Im Vorhinein zu sagen, dass man darin keinen Mehrwert sieht, ist zu einfach ausgedrückt. Die SVP-Fraktion will dem ländlichen Raum und den Berggebieten eine Stimme geben und unterstützt deshalb das Postulat.

Sabine Wermelinger: Die FDP-Fraktion teilt betreffend eines Beitritts des Kantons Luzern zur RKGK grossmehrheitlich die Haltung der Regierung. Eine Minderheit unterstützt das Postulat. So wird die bereits bestehende enge Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen und in etlichen anderen Direktorenkonferenzen als wertvoll und ausreichend erachtet, insbesondere weil sich auch Überschneidungen mit Mitgliedern der RKGK ergeben. Persönlich erlaube ich mir aber, zu diesem Thema noch etwas auszuholen. Flächenmässig zählen grosse Kantonsgebiete zum Berggebiet oder zur ländlichen Region. Gestern hat Regierungsrat Fabian Peter im Zusammenhang mit dem Stellenwert des Autos auf dem Land oder in der Stadt das Folgende gesagt: «Es ist wichtig, dass man gegenseitig respektiert, dass man in der Stadt andere Verhältnisse, andere Bedürfnisse und einen anderen Lebensstil hat als auf dem Land und dass wir einander trotzdem brauchen und ergänzen.» Diese Aussage von einem Regierungsrat hat mich sehr gefreut. Gerade in der heutigen politisch aufgeheizten Zeit tut es gut, wenn uns jemand daran erinnert. Ich möchte diese Aussage aber noch ein wenig ergänzen. Mit den Höhenmetern ändern die Verhältnisse, Bedürfnisse und der Lebensstil noch einmal. Die Berggebiete sind Orte mit besonderem Charme, aber auch mit besonderen Herausforderungen. In den vergangenen Jahren entstand hin und wieder der Eindruck, dass die Regierung ein wenig vergessen hat, dass Luzern auch ein Berggebiet hat, nämlich etwa als sie die Luzerner Mitgliedschaft bei der für die Gemeinden wichtigen Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) gekündigt hat – diese Mitgliedschaft ist meines Wissens mittlerweile wieder intakt – oder wenn die Generalversammlung für die Patenschaft für Berggemeinden regelmässig ohne einen Regierungsrat aus Luzern stattfindet, obwohl auch Luzerner Projekte mit namhaften Beträgen unterstützt werden. Eine Mitgliedschaft bei der RKGK könnte einige

Themen aufgreifen, welche noch nicht abgedeckt sind. Wenigstens symbolisch würde die Anerkennung von Luzern als Gebirgskanton den betroffenen Regionen viel bedeuten. Bitte vergessen Sie das nicht.

Mario Cozzio: Grundsätzlich geht die GLP mit dem Vorstösser einig: Der Austausch mit anderen Kantonen ist wichtig und richtig. Gerade in Krisenzeiten wie der hoffentlich bald endenden Covid-Pandemie profitieren die Kantone vom Dialog. Dass sich der Kanton Luzern nun in die RKGK einreihen soll, ist für uns aber nicht verständlich. Wir sehen einfach keinen nachweislichen Bedarf hierfür, vor allem weil die Luzerner Regierung bereits in diversen interkantonalen Gremien Einsitz nimmt und dort fast alle Gebirgskantone bereits vertreten sind. Mit all diesen Konferenzen, bei denen Luzern bereits dabei ist, haben wir schon genügend Werkzeuge in unserer Werkzeugkiste. Wenn es irgendwo hapert, liegt es vielleicht nicht am Werkzeug, sondern am Anwender. Wir folgen entsprechend dem Regierungsrat und lehnen das Postulat einstimmig ab.

Fabrizio Misticoni: Die Grünen und Jungen Grünen anerkennen den Hintergrund des Postulats und können gut nachvollziehen, dass gewisse Luzerner Gemeinden und Regionen in erhöhten Lagen Bedürfnisse haben, welche denen der erwähnten Kantone der RKGK entsprechen. In der Stellungnahme der Regierung kann man gut lesen, in wie vielen interkantonalen Gremien unsere Regierungsräte bereits Einsitz nehmen. Die vom Postulanten angesprochenen Themen wie Raumordnung, Tourismus, Energie, Finanzen, öffentlicher Verkehr oder Berufsbildung werden in der ZRK intensiv behandelt. Aus unserer Sicht ist die ZRK der richtige Zusammenschluss für interkantonale Koordination und Erfahrungsaustausch. Wir sind überzeugt, dass die Anliegen aller Regionen des Kantons Luzern in diesen diversen Gremien, in welchen die Regierung Einsitz nimmt, genügend abgedeckt sind. Obwohl der Kanton einige Gemeinden mit grossen Landflächen in erhöhten Lagen hat, gehen wir nicht so weit, dass wir den Kanton Luzern als Gebirgskanton einstufen würden. Auch aus diesem Grund halten wir einen Beitritt zur RKGK für nicht zwingend notwendig. Die zeitlichen Ressourcen unseres Regierungsrates sind beschränkt. Ein zusätzlicher Einsitz in der RKGK würde aus unserer Sicht zu keinem überproportionalen Nutzen führen. Die G/JG-Fraktion folgt deshalb der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Irene Keller: Ich spreche für die Minderheit der FDP. Ich habe mit einem Bundesparlamentarier aus einem Gebirgskanton gesprochen und habe ihn nach dem Wert dieser Konferenz gefragt. Er hat mir in einem Satz gesagt: «Wenn man diese Konferenz nicht hätte, dann müsste sie heute Abend erfunden werden.» Es ist ein politisches Gremium, und es gibt den Problemen der Gebirgskantone ein politisches Gewicht in Bern. Das hat Hans Lipp bereits ausgeführt. Simone Brunner hat gesagt, dass Luzern kein typischer Gebirgskanton sei. Das ist richtig, aber wahrscheinlich wäre es gerade deswegen wichtig zu wissen, was die RKGK bringt. Wir haben gestern zweimal über Vitznau gesprochen, heute sprechen wir nochmals darüber. Ich komme aus einer Gemeinde, die eigentlich an einem See liegt, die aber alle Probleme eines Gebirgsortes aufweist. Es wäre für mich äusserst interessant zu wissen, was die RKGK bringt. Das Postulat ist erst ein Prüfauftrag. Daher wird eine Minderheit der FDP-Fraktion das Postulat unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir haben es gehört: Die Ressourcen der Regierungsräte sind beschränkt. Das ist aber nicht der Hauptgrund dafür, dass die Regierung für das vorliegende Postulat die Ablehnung beantragt hat. Es ist wichtig, dass wir die Anliegen und die Interessen der Bevölkerung aus diesen Gebieten des Kantons Luzern mitnehmen, die sie in der RKGK eingeben würden. Ich bin der Meinung, dass wir das auch tun können, ohne dass wir in dieser Konferenz vertreten sind. Der Austausch mit anderen Kantonen ist gerade im föderalen System sehr wichtig. Das zeigt sich immer wieder bei Absprachen unter den Kantonen. Auch für die Zusammenarbeit ist es wichtig, dass man einander kennt, dass man voneinander profitieren kann und dass man miteinander geeint auftreten kann, auch politisch. Man hat auch gerade in der Corona-Zeit gesehen, dass Absprachen wichtig sind. Diese wurden gemacht, aber schlussendlich ist jeder Kanton selbständig. Es ist nicht sicher, dass die Entscheide bezüglich der Skigebiete anders ausgefallen wären, wenn wir bei der

RKGGK dabei gewesen wären. Absprachen haben über die Zentralschweizer Gesundheitsdirektorenkonferenz, die Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz und die Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz stattgefunden. Die weiteren Konferenzen sind in der Stellungnahme aufgelistet. Es gibt noch zwölf Bundeskonferenzen. Ich bin dabei bei der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK), bei der Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL), wo sicher viele Anliegen der Bergregionen besprochen werden, bei der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), bei der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV), bei der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) und bei der Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK). Das sind nur die sechs Regierungskonferenzen auf eidgenössischer Ebene, bei denen ich dabei sein darf. Dann kommen die Zentralschweizer Konferenzen, die in der Stellungnahme aufgeführt sind. Im Speziellen tauschen wir uns in den Zentralschweizer Konferenzen mit unseren Nachbarkantonen Obwalden, Nidwalden und Uri aus. Diese sind in der RKGK. Es gibt durchaus Anliegen, welche sie einbringen, die wir dann gemeinsam weitertragen und unterstützen, weil sie dort diskutiert wurden oder umgekehrt. In diesem Sinn bin ich überzeugt, dass es nicht notwendig ist, dass wir in einer weiteren Konferenz Mitglied werden. Es geht nicht um den finanziellen Posten, da gebe ich Hans Lipp recht. Es geht einfach auch um die Ressourcen. Letztlich möchte ich auch noch in den zuständigen Kantonsratskommissionen anwesend sein. Ich möchte die Anliegen der Bevölkerung aufnehmen. Meine zeitlichen Ressourcen sind beschränkt und auch die meiner Kollegen. Es ist wichtig, dass wir die Anliegen der Gebirgskantone erst nehmen. Ein wichtiges Anliegen sind immer die Wasserzinsen, da ist jeweils eine starke Lobbyarbeit in Bern spürbar. Davon sind wir weniger betroffen. Wir nehmen die Bedürfnisse und Anliegen gerne entgegen, aber dazu brauchen wir keine weitere Konferenz. Ihr Rat wird uns letztlich mit parlamentarischen Instrumenten auch daran erinnern, falls wir dies nicht tun würden. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 58 zu 44 Stimmen ab.